

NACHRICHTEN

IG Metall bereit zu Lohn-Kompromiss

Frankfurt/Main. Angesichts der schlechten Wirtschaftslage ist die IG Metall grundsätzlich zur Verschiebung von Lohnerhöhungen in angeschlagenen Unternehmen bereit. „Wenn es notwendig ist, und wir über die zeitliche Verschiebung der Lohnerhöhung Arbeitsplätze sichern können, werden wir das tun“, sagte der Gewerkschaftsvorsitzende Berthold Huber. Er schränkte zugleich ein: „Wir werden es aber nicht tun, um Aktionären oder Eigentümern die Profite und Rendite in der Krise zu sichern.“ (ap)

Bund hält sich aus Tagesgeschäft heraus

Frankfurt (Main). Der Bund will sich als neuer Großaktionär der Commerzbank nicht ins Tagesgeschäft einmischen. Das versicherte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Wochenende. Das milliardenschwere Engagement mit Steuergeldern werde beendet, „sobald die akute Notlage überwunden ist“, sagte die CDU-Politikerin. Commerzbank-Chef Martin Blessing stellt sich auf eine mittelfristige Beteiligung des Staates ein. In den nächsten zwei bis drei Jahren werde der Bund seinen 25-Prozent-Anteil sicherlich nicht wieder verkaufen, sagte er. (ap)

Porsche kündigt harte Maßnahmen an

Stuttgart. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise hat der Sportwagenhersteller Porsche die Belegschaft auf schwere Zeiten eingestimmt. „Vor uns liegt ein steiniger Weg, von dem wir noch nicht wissen, wie lang er sein wird“, heißt es in einem Brief von Porsche-Chef Wendelin Wiedeking an die Beschäftigten. Daher habe der Vorstand „einschneidende Maßnahmen beschlossen, von denen sämtliche Unternehmensbereiche und Abteilungen betroffen sein werden“. Besonders bei den Kosten bestehe erhebliches Sparpotenzial. (ddp)

Staatssekretär im KfW-Vorstand

Berlin. Die Bundesregierung schickt einen hohen Ministerialbeamten in den Vorstand der staatlichen Förderbank KfW. Der bisherige Steuerstaatssekretär Axel Nawrath solle die Verantwortung für das Fördergeschäft übernehmen, bestätigte ein Sprecher des Finanzministeriums. Die KfW, die eine wichtige Rolle beim Konjunktur-Maßnahmenpaket des Bundes spielt, will ihre Fördersparte umbauen. (rtr)

AGRARMARKT

Rinder, 01. Woche (29.12. – 04.01.09), n. 4.DVO, in €/kg Schlachtgewicht				
	R3	O3	E-P	
Jungbullen	3,41	3,03	3,28	
Kühe	-	2,32	1,96	
Färsen	-	-	2,57	
Kälber	-	-	-	
Schweine, 01. Woche, nach 4. DVO, Preise in €/kg Schlachtgewicht				
	E	U	E-P	M1
	1,43	1,33	1,40	1,21
Ferkel, 02. Woche, ab Hof, ohne Mehrwertsteuer, €/Stück				
25 kg hybrid	56,00			
8-10 kg hybrid	-			
Eier, 02. Woche, EZP in €/100 Stück, weiß/braun				
KL.L	10,18	KL.M	9,08	
Getreide, €/Tonne, Preise o. MwSt., frei Lager des Erfassers, trockene, handelsübliche Ware, Raum Sachsen				
E-Weizen	145,00 – 155,00			
A-Weizen	115,00 – 125,00			
Futterweizen	105,00 – 112,00			
Futtergerste	90,00 – 98,00			

Quelle: Sächsische Landesanstalt für Landwirtschaft

Einwegverpackungen dominieren

Mehrweganteil rutscht erstmals unter die Marke von 50 Prozent – Discounter mit aggressiven Preisen

VON JAN-DIRK FRANKE

Bonn/München. Einweggetränkverpackungen haben im vergangenen Jahr in Deutschland erneut an Boden gewonnen. Der Mehrweganteil sackte nach Angaben der Bonner Genossenschaft Deutscher Brunnen (GDB) erstmals unter die 50-Prozent-Marke und lag am Jahresende 2008 bei 48,2 Prozent. Die Genossenschaft, die bundesweit den Umlauf der Mehrweggebilde für die Mineralwasserbranche koordiniert, führt die Negativentwicklung vor allem darauf zurück, dass immer mehr Wasser in Plastik-Einwegverpackungen über die Ladentheke geht.

Im vorigen Jahr war demnach mehr als jede zweite Wasserflasche (52,2 Prozent) eine PET-Einwegflasche. 2007 lag die Quote noch bei 46,1 Prozent. Hinzu kommen laut

GDB-Pressesprecher Markus Wolff so genannte PET-Cycle-Gebinde – das sind Flaschen, die wie Mehrweg im Kasten angeboten, aber nur einmal befüllt und danach recycelt werden. Sie kamen 2008 auf knapp elf Prozent. Blickt man länger zurück, wird die Einweg-Entwicklung laut Wolff noch deutlicher: Vor gut sechs Jahren habe Einweg im Mineralwasserbereich gerade bei einem Satz von zehn Prozent gelegen.

Auch bei Limonaden und anderen alkoholfreien Süßgetränken setzte die PET-Einwegverpackung ihren Siegeszug fort: Die Quote kletterte hier dem GDB zufolge von 53,2 auf 57,7 Prozent.

Dass die Mehrwegquote nicht völlig in den Keller rutscht, dafür sorgt das Bier. „Wenn wir das nicht hätten, sähe es weitaus schlimmer aus“, schätzte Sepp Gail, Vorsitzender des Verbandes des Deutschen

Getränke-Einzelhandels, ein. Beim „Gerstensaft“ bleiben die Bundesbürger offensichtlich der Mehrwegflasche treu – der Anteil lag bis Jahresende 2008 bei über 80 Prozent und verzeichnete nur einen ganz leichten Rückgang.

Hauptgrund für den Einwegzuwachs, betonten Gail und Wolf, seien die preisaggressiven Angebote der Discounter. „Wir haben kein Einweg-, sondern ein Discounterproblem“, betonte Gail. Viele der Billiganbieter würden Wasser ausschließlich in PET-Einweg verkaufen, obendrein zu extrem tiefen Preisen. „Eine 1,5-Liter-Flasche für 19 Cent, das ist ein Preis, der im normalen Handel über Mehrweg nicht möglich ist“, so Gail. Erschwerend komme hinzu, dass viele Kunden überhaupt nicht wahrnehmen, dass sie Einweg im Einkaufskorb haben. Gail: „Sie bezahlen ja Pfand.“

Aktuelle Zahlen des Verbandes Deutscher Mineralbrunnen (VDM) in Bonn bestätigen die Entwicklung. Die Branche legte bei Absatz und Umsatz im Vorjahr um jeweils 2,2 Prozent zu. Für das Plus seien vor allem die Discounter verantwortlich, wovon nur wenige große Mineralbrunnen profitierten, hieß es. „Die meisten regionalen Mineralwasserabfüller verzeichneten dagegen einen rückläufigen Absatz“, berichtete der VDM.

Der Getränke-Einzelhandels-Verband, der bundesweit rund 6000 Getränkemärkte vertritt, befürchtet, dass der Trend zur Einwegverpackung auch in den kommenden Monaten anhält. Auch bei der GDB teilt man diese Meinung. „Es hängt von den Discountern ab, es wird aber wohl sicher nicht mehr diese Dynamik geben“, glaubt Wolff.

VW erzielt Absatzrekord

Konzern als einziger großer deutscher Autobauer im Plus



Volkswagen hat gestern zur Automesse in Detroit die Studie Blue Sport vorgestellt. Das Auto soll den Verkauf ankurbeln. –Foto: VW

Wolfsburg/Detroit. Als einziger großer deutscher Autobauer hat Volkswagen im vergangenen Jahr beim Absatz zugelegt und trotz Wirtschaftskrise einen Rekord erzielt. Der VW-Konzern lieferte 2008 weltweit 6,23 Millionen Fahrzeuge aus, das war ein Zuwachs von 0,6 Prozent.

Wie der Wolfsburger Konzern gestern am Rand der Autoschau in der US-Stadt Detroit mitteilte, gewann die Hauptmarke VW mit

3,67 Millionen Auslieferungen 0,1 Prozent hinzu. Audi überschritt mit 1,003 Millionen Fahrzeugen und einem Plus von 4,1 Prozent erstmals die Millionengrenze.

Derzeit haben die deutschen Hersteller jedoch große Sorgen. Der Auftragsbestand ist laut Branchenverband eingebrochen. „Er liegt um elf Prozent unter Vorjahreswert und damit auf dem niedrigsten Niveau seit Ende der 80er Jahre“, sagte VDA-Präsident Matthias Wissmann. (ap)

EU einigt sich mit Moskau und Kiew auf Beobachtermission

Ein Ende des Gastreits scheint in Sicht – Experten sollen Transparenz schaffen – Moskau und Kiew feilschen um den Gaspreis für 2009

Russland und die Ukraine haben sich am Wochenende mit der EU auf eine gemeinsame Überwachung des Gastransits geeinigt. Ob der Streit und die Lieferblockade damit beigelegt sind, bleibt offen: Moskau und Kiew feilschen weiterhin um den Gaspreis für 2009.

VON CHRISTIAN WEISFLOG

Moskau. Angesichts des Energie-notstandes in mehreren osteuropäischen Ländern drückte die EU am vergangenen Wochenende aufs Gas: Eine Delegation unter Führung des tschechischen Premierministers und EU-Ratspräsidenten Mirek Topolánek reiste nach Moskau und Kiew, um eine internationale Beobachtermission auszuhandeln.

Russland hatte eine derartige Überwachung zur Bedingung für die Wiederaufnahme der Transitlieferungen durch die Ukraine gemacht. Weil Gazprom den Zugang russischer Experten zu den ukrainischen Transportsystemen verlangte, kam bislang jedoch keine Einigung zustande. Am Samstag änderte sich dies allerdings: Das von Gazprom und dem russischen Premierminister Wladimir Putin unterzeichnete Protokoll sieht die Schaffung einer internationalen Kommission vor, in welcher neben Funktionären der EU, Russlands und der Ukraine auch Vertreter der großen Gaskonzerne dabei sein sollen. Außer der russischen Gazprom und der ukrainischen Naftogas werden auch die bedeutendsten europäischen Erd-

gasunternehmen in der Kommission vertreten sein.

Zur Überwachung des Gastransits sollen die EU, Russland und die Ukraine je maximal 25 Experten entsenden dürfen. Das Protokoll garantiert den drei Parteien einen „kompletten und unbeschränkten Zugang zu allen relevanten Institutionen“. Dazu gehören Gasspeicher in der Ukraine, Messstationen in Russland sowie auch die Leitungssysteme in den europäischen Nachbarländern der Ukraine.

Ukraine unterzeichnet Abkommen

In der Nacht auf Sonntag unterzeichnete auch die ukrainische Seite das Abkommen und erfüllte damit formal die Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme der russischen Transitlieferungen. Seit vergangener Mittwoch erhält Europa kein russisches Erdgas mehr via ukrainische Transitroute. Bereits ab 1. Januar hatte Gazprom die Lieferungen in Richtung Ukraine um jene Mengen gekürzt, welche das Transitland für den Eigenbedarf benötigt. Der offizielle Grund dafür waren Zahlungsrückstände über 2,1 Milliarden Dollar des ukrainischen Energiekonzerns Naftogas. Nachdem es daraufhin zu Lieferengpässen in mehreren osteuropäischen Ländern gekommen war, beschuldigte Russland die Ukraine, für den Transit bestimmtes Gas, zu stehlen. Schließlich drehte Moskau den Hahn ganz zu.

Trotz des Verhandlungserfolges der EU scheint es jedoch noch verfrüht, von einem endgültigen Durchbruch zu sprechen. Gemäß

KOMMENTAR ZUR BÖRSENWOCHE

Klarheit ist nicht in Sicht

Konsumgütermessen sind Indikatoren für die Entwicklung in den nächsten Monaten

VON KLAUS DIETER OEHLEH

Man sollte sich nicht zu viel Hoffnung machen. Die bevorstehende Amtseinführung am Dienstag der kommenden Woche von Barack Obama als 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika wird an den Börsen keine Erholungsjagd auslösen. Die Hoffnungen auf ein Konjunkturpaket Obamas seien inzwischen so hoch gesteckt, dass er die Erwartungen eigentlich nur noch enttäuschen könne, meinen zumindest die Skeptiker unter den Börsenhändlern in Frankfurt. Man ist sich unter den Experten rund um den Aktienmarkt inzwischen ziemlich einig, dass in den USA eine der längsten und schwersten Rezessionsphasen über die Bühne geht.

Die entscheidende Frage ist nach wie vor, wann die Schwäche, die auch die übrige Weltwirtschaft zu lähmen scheint, vorüber sein wird. Denn, auch da sind sich die Aktienexperten einig, ein paar Monate vorher wird es an den Börsen schon wieder aufwärtsgehen. Die kommende Woche wird zwar in

manchen Punkten Klarheit bringen, aber nur, was die Entwicklung der Vergangenheit angeht. Am Mittwoch wird das Statistische Bundesamt die Zahlen für das Wirtschaftswachstum in Deutschland im Jahr 2008 vorlegen.

Dabei ist gar nicht so spannend, wie die Rate für das Gesamtjahr letztlich ausgefallen ist, wichtiger ist, wie sich die letzten drei Monate entwickelt haben, weil sie den Trend abzeichnen. Allerdings ist nach Bekanntgabe der Novemberzahlen klar, dass die deutsche Wirtschaft auch im Dezember deutliche Auftragsbrüche hat hinnehmen müssen und wohl auch der Export dürfte mau ausgefallen sein. Ob das zweite Konjunkturpaket, das die Bundesregierung heute auf den Weg bringen will, wirklich greifen kann, muss abgewartet werden.

Klarheit wird es in dieser Woche wohl auch über die Frage geben, wann die Europäische Zentralbank ihre Geldpolitik weiter lockern wird. Dass sie es tut, ist nach Ansicht vieler Experten an der Börse schon längst abgehakt. Sollten sich

Arbeitsrichter rechnen mit Klagewelle

Im Dezember deutlicher Anstieg

Düsseldorf. Die Arbeitsgerichte rechnen auf Grund der schlechteren Wirtschaftslage mit einer Klagewelle. „Es wird Gerichte geben, die untergehen“, sagte Joachim Vetter, Vorsitzender des Bundes der Richterinnen und Richter der Arbeitsgerichtsbarkeit. Viele Arbeitnehmer, die von ihrem Unternehmen keinen Lohn mehr oder aber schon die Kündigung erhalten haben, wollten gerichtlich dagegen vorgehen. Schon im Dezember hätten viele Arbeitsgerichte einen sprunghaften Anstieg der Klagen registriert. Betroffen sind demnach vor allem Regionen mit einer starken Präsenz von Autoherstellern und Zulieferern. So sei in Leipzig die Zahl der Klagen von 461 im November auf mehr als 600 im Dezember gestiegen. (ddp)



Das Gas soll bald wieder fließen.

–FOTO: JENS SCHLÜTER/DDP

der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti hat Kiew nicht dasselbe Protokoll unterschrieben wie Moskau. Der Wortlaut widerspreche der russischen Position „in prinzipiellen Fragen“, berichtete die Agentur. Bis am späten Nachmittag ist in der Gazprom-Zentrale in Moskau gestern keine Kopie des in Kiew unterzeichneten Dokuments eingegangen. Die ukrainische Premierministerin Julia Timoschenko erklärte derweil, dass die Ukraine keinerlei Schuld an dem Transitstopp treffe. Ihr Land habe kein Gas gestohlen, den Transit nicht blockiert und die

Zahlungsrückstände gegenüber Gazprom vollständig beglichen.

Die russische Seite sieht dies jedoch ganz anders. Auch wenn die russischen Lieferungen nach Europa in Kürze wieder aufgenommen werden sollten, der Gastreit zwischen Moskau und Kiew ist längst nicht gelöst. Gemäß Gazprom hat die Ukraine nur einen Teil der Schulden bezahlt, 614 Millionen Dollar sollen noch ausstehen. Offen sind auch die Konditionen, zu denen Russland 2009 Gas an die Ukraine liefern wird. Nach dreitägigen Verhandlungen reiste Naftogas-

Chef Oleg Dubina gestern ohne Resultat aus Moskau ab. Bezahlte die Ukraine 2008 noch 179,5 Dollar pro 1000 Kubikmeter Gas, verlangt Russland nun für das erste Quartal 470 Dollar. Dies liegt über dem aktuellen europäischen Durchschnittspreis von knapp 400 Dollar.

Die Beobachtermission könnte den Gastreit zumindest in geregelte Bahnen lenken. Mit der erhöhten Transparenz dürfte es zumindest den ukrainischen und russischen Streitparteien schwerer fallen, Europa in den Konflikt hineinzuziehen. (café)